

Aus der XII. Vollversammlung vun der Lëtzeburger Diözesansynod

Trotz bischöflichem Appell an die Synodalen, ihre Lustlosigkeit zu überwinden, waren auch in der 12. Vollversammlung nie mehr als 137 Mitglieder (von 180) präsent. Der Antrag von S. Kollwelter am Schluss der Sitzung, die ZK möge die Öffentlichkeitsarbeit ankurbeln, scheint also auch für die Synodalen selbst von höchster Dringlichkeit. In der Tat lässt sich unschwer errahnen, dass wenn die Vorlagen vor der VV eingehender und kontroverser in aller Öffentlichkeit diskutiert würden, auch die Synodalen stärker an den Debatten interessiert (und besser vorbereitet) zur VV kämen. Ob allerdings mit dem Vorschlag die synodale Pressestelle zu dynamisieren, viel gedient ist, lässt sich bestreiten. Eher dürfte es an der katholischen (Tages)presse selbst liegen die das synodale Spiel nicht mitspielt und auf die offizielle Vorstellung (durch ein Synodenmitglied nicht einmal durch einen Journalisten) der Vorlage am Vorabend der VV beschränkt. Zur Vorlage der KO 7 z.B. war bisher noch rein gar nichts im LW zu lesen, und dass die Vorlage über die "sozialen Kommunikationsmittel", deren Diskussion offiziell bis zum 25. März in den Basisgremien der Synode laufen soll, eher noch weniger erwähnt werden wird ist eine Prophezie wegen deren es uns freuen sollte, Lügen gestraft zu werden ! Denn wie anders soll man das Kirchenvolk am synodalen Vorgang (konkret an den Sitzungen der Dekanatssynodenräte) interessieren wenn nicht durch eine kontroverse Diskussion in der gelesenen Tagespresse ?

Die 12. VV hat mal wieder eine Regel bestätigt : Die Kommissionen sind mit mehr oder weniger fortschrittlich denkenden Leuten besetzt, so dass die meisten Vorlagen reformistische (von revolutionär ist man allerdings noch weit weg) Züge

tragen. In der Vollversammlung haben aber die schweigende Mehrheit und ihre konservativen Sprecher das Sagen. Sie brauchen die Kommissionsarbeiten also nicht zu fürchten, ja können dort sogar auf Mitarbeit verzichten,

Überdeutlich wurde diese Regel bei der Vorlage der KO 4 in der 8. VV die mit ihren Vorstellungen über "christliche Gemeinschaft" glatt durchfiel.

Auch in der letzten VV war die Vorlage der KO 8 über "Glauben und Politik", die wegen des Schreckens, der seit der 8. VV die Synode erfasst hat, zwar nicht durchfallen konnte, permanent den Verwässerungsversuchen der konservativen Mehrheit ausgesetzt. Deutlichstes Zeichen in dieser Hinsicht setzte wohl der Antrag von G. Margue, der die im Leitsatz 3 aufgestellte Forderung nach einer politischen Gleichberechtigung der dauernd im Lande ansässigen Ausländer streichen lassen wollte, die die Synode sich nicht mit so konkreten Fragen zu beschäftigen habe. Schliesslich wurde ein Textvorschlag angenommen, laut welchem nur noch die Politiker sich zu diesem Thema Gedanken machen sollen.

Weniger offensichtlich, aber umso gefährlicher sind auch die Beschwichtigungen des (schriftlichen und mündlichen) Berichts der KO 8 an die Adresse der CSV. Diese Berichte werden nämlich nicht müde den Vorlagentext zu Leitsatz 10 so auszulegen dass er keinesfalls eine verdeckte Kritik der CSV beinhaltet, sondern lediglich prinzipiell das Verhältnis der Kirche zu irgendeiner politischen Gruppierung christlicher Prägung darstelle. Interessant ist immerhin dass die CSV sich von diesen allgemeinen Kriterien an die Adresse einer christlichen Partei betroffen fühlte, während M. Pauly in "forum" Nr. 10 und in der VV die berechtigte Ansicht vertrat, die KO "begrüsse und bejahe" die Existenz einer CSV, ohne zu prüfen, ob sie den angesprochenen Forderungen entspreche oder nicht. Hatte der Vorlage-text durch dieses Kapitel in bezug zum 1. Entwurf eine merkbliche Konkretisierung dargestellt, so ist diese Interpretation, die der KO 8 auch erst nach den betroffenen Stellungnahmen der CSV selbst sinde von CSV-hörigen Synodalen gekommen ist, jedenfalls ein Schritt in die falsche Richtung, höchstens durch die Besorgnis um ein positives Votum zu rechtfertigen.

Angemerkt sei an dieser Stelle noch, dass es auch innerhalb der CSV-Fraktion in der Synode interessante Meinungsdivergenzen gab. So meinte G. Margue bei einem Antrag, der die "konfessionsneutralen Parteien" aufrief, den Pluralismus durch Respekt vor der christlichen Verantwortung konkret zu ermöglichen, "konfessionsneutral" (was ja auch die CSV sein will) solle durch "alle Parteien" ersetzt werden, was A. Heiderscheid heftig ablehnte: "'Alle' geet och rëm nët, well ech

Gegen Profit als wichtigste Kraft

Wenn sich katholische Bischöfe einer Nation, und seien es die der Bundesrepublik, mit Entschiedenheit „gegen eine uneingeschränkte freie Marktwirtschaft“, aussprechen, dann hört sich dies zwar radikal an, doch ist durchaus als „gemässigt“ zu bewerten. Solche Bischöfe könnten nämlich den durch mehr oder minder Soziales eingeschränkten freien Wettbewerb, die sogenannte „Soziale Marktwirtschaft“, meinen.

Anfang Februar haben sich die katholischen Bischöfe Spaniens entschieden gegen eine „uneingeschränkte freie Marktwirtschaft“ ausgesprochen, wurden aber deutlich, sprich: „links“. Sie riefen die Christen des Landes auf, sie sollten bei den für das Frühjahr vorgesehenen allgemeinen Wahlen nicht für Parteien stimmen, die eine Wirt-

schaftspolitik des Profits verfolgten, sondern eine der Solidarität. „Christen dürfen keine Parteien oder Programme unterstützen, in denen Profit die wichtigste treibende Kraft der Wirtschaft, Wettbewerb das grundlegende Wirtschaftsprinzip und Privatbesitz von Produktionsmitteln ein absolutes Recht ist.“

Die Bischöfe lehnten zugleich eine Unterstützung von Parteien ab, die durch „Gewalt oder Lügen“ zum Ziel kommen wollten, deren Grundsätze mit dem christlichen Glauben unvereinbar seien oder die die Menschenrechte unterdrücken wollten. Sie versicherten somit glaubhaft die Unabhängigkeit der Kirche gegenüber politischen Parteien und machten damit plausibel, daß die Geistlichen sich nicht politisch betätigen sollten.

A. S.

in: Publik-Forum Nr. 4/77

Kardinal Enrique y Tarancon, Vorsitzender der spanischen Bischofskonferenz, erklärte: „Eine politische Partei, die sich offen als konfessionelle — christliche — Partei bezeichnet, bringt die Gefahr mit sich, daß sie als Sprachrohr der kirchlichen Hierarchie oder als authentisch, ja sogar als einziger Ausdruck des Evangeliums betrachtet wird. Das wäre ein großes Unheil.“ Die Kirche dürfe nicht den Eindruck erwecken, sie binde sich an eine bestimmte Partei. (Die sechs — vier regionale und zwei nationale — Parteien der „christlich-demokratischen Equipe Spaniens“ führen das Wort „christlich“ nicht im Namen.) Dagegen hat der Kardinal die Mitgliedschaft von Christen bei totalitären rechtsradikalen Parteien als unvereinbar mit dem Christentum erklärt. Alle Diktaturen, totalitäre und gewalttätige Regime seien unmenschlich und folglich nicht christlich.

in: Publik-Forum Nr. 3/77

mengen domadden bringe mer d'CSV och a Verruf, sie geing dee Raum an dēi Verant-
wortung nēt wahren."Sein Vorschlag : "alle Parteien, die sich nicht ausdrücklich
auf die christliche Prinzipien berufen". Kein Kommissionsmitglied bemerkte dies-
mal im 1. Teil der Vorlage gehe es nicht um bestimmte Parteien, sondern um Prin-
zipien.

Diese Hypokrisie kam übrigens noch an so manchen andern Stellen zum Vorschein :
Etwa wenn das politische Engagement der Jugend gewürdigt wird (LS 20), während
bei fast jeder Strassendemonstration die katholische Presse auf das jugendliche
Alter der Protestler hinweist, um ihre Ernsthaftigkeit in Zweifel zu ziehen.
Oder wenn LS 4 das politische Engagement der Kirche fordert, und G. Margue we-
nig später eine konkrete Aussage der Synode zum Fremdarbeiterproblem verhindern
will. Oder wenn die CSV die an ein christliche Partei gestellten Ansprüche zu
erfüllen vorgibt, einschliesslich der Bejahung des Pluralismus und anschliessend
meint, "gerade solche Katholiken, die wie die Mitglieder der Kommission 8 sich
sachgerechte Gedanken über Glaube und Politik gemacht haben (sollten) nicht mir
Kritik an der Ausrichtung und Verhaltensweise der christlich-sozialen Partei
ausüben, sondern auch (...) demokratisch in den Lokal -und Regionalgruppen der
Partei mitarbeiten".

Oder wenn die LW-Spontangruppe (in einer 2 Tage vor der VV eingereichten !)
Stellungnahme der KO 8 vorwirft, "unnützen Verbalismus und bombastische Wendungen"
Statt einer "klaren und einfachen Sprache" gebraucht zu haben, während sie als
Journalisten sozusagen nichts zur allgemein verständlichen Verbreitung der Ideen
dieser (und anderer) Vorlagen beigetragen haben und beitragen (siehe oben)

Angesichts dieser vielen parteipolitischen Vereinseitigungen ist es umso posi-
tiver zu bewerten, dass nie ein polemischer Ton in der Vollversammlung aufkam.
Schade ist aber, dass der Klerus den Laien (aus Mangel an Sachverstand?) dieses
Mal das Rednerpult fast allein überliess, während es bei theologischeren Themen
meist umgekehrt ist.